

Arbeit mit Minderheiten

Die Mitarbeiter des Referats für Minderheitenkontakte der Wiener Polizei arbeiten an einem besseren Miteinander von Polizisten, Bürgern, Zuwanderern und Menschen mit besonderen Bedürfnissen.

Intern und in der Öffentlichkeit kennt man uns noch zu wenig, aber wir arbeiten daran, bekannter zu werden“, sagt Oberstleutnant Josef Böck, Leiter des Referats für Minderheitenkontakte, das dem Büro für Informationsdienst der Bundespolizeidirektion Wien angegliedert ist und am 1. Mai 2010 offiziell seine Arbeit aufgenommen hat. Böck ist auch Obmann des Vereins „fair & sensibel – Polizei und AfrikanerInnen“. „Das Referat und der Verein arbeiten eng zusammen“, betont Böck. „Ohne den Verein ist das Referat kaum denkbar und dank dem Referat ist der Verein institutionalisiert worden.“ Neben ist ein weiterer Polizist vollamtlich beim Referat für Minderheitenkontakte tätig: Gruppeninspektor Robert Grand. Weitere Polizistinnen und Polizisten werden fallweise dem Referat zugeteilt.

Der Verein „fair & sensibel – Polizei und AfrikanerInnen“, bei dem etwa 25 Leute mitarbeiten, ist aus dem Pilotprojekt „Polizei und AfrikanerInnen“ entstanden, das vor zehn Jahren vom damaligen Polizeipräsidenten Dr. Peter Stiedl und vom damaligen Generaldirektor für öffentliche Sicherheit Dr. Erik Buxbaum initiiert worden war. Ab 2009 dehnte der Verein seine Tätigkeit auf andere Bundesländer aus. Unterstützt wird der Verein vom BMI und Sponsoren. Dazu kommen Projekte, die von EU-Gremien finanziert werden, wie



das Projekt „Die Fremde nebenan – Transkulturelle Gemeinsamkeiten und Überwindung und Konflikten“, das noch bis Ende 2010 läuft. Weitere Projekte sind eingereicht. Zudem wurde die Arbeit auf alle Zuwanderer ausgeweitet. „Den Vereinsnamen haben wir nach etlichen Diskussionen beibehalten“, sagt Böck. Einerseits polarisiere die Bezeichnung „Polizei und Afrikaner“ und schaffe so eine diskussionsbereite Haltung, andererseits habe der Name schon einen gewissen Markenwert. Der Verein arbeitet außerdem mit Menschen aller Religionen zusammen und mit Menschen mit besonderen Bedürfnissen und anderer sexueller Orientierung.

„Eine unsere Hauptaufgaben ist es, uns zu vernetzen“, erwähnt Böck. Die

Liste ist lang: Organisationen, die im Bereich Integration arbeiten wie die Caritas, die Erzdiözese, die Diakonie, die MA 17, zuständig für Integration und Diversität, NPO's, die mit und für Zuwanderer arbeiten wie die Schwarze-Frauen-Community, der Verein EXIT, der gegen Menschenhandel kämpft und das Wiener Hilfswerk. „Selbstverständlich haben wir auch mit türkischen und serbischen Vereinen Kontakt aufgenommen, auch mit islamischen, jüdischen und anderen ethnischen und religiösen Gruppierungen.“

Großes Gewicht wird auf niederschwellige Veranstaltungen gelegt. So stehen unter anderem Straßenfeste auf dem Arbeitsprogramm. Niederschwellig ist auch die Beratungsstelle im Café der Volkshochschule in der Galileigasse. Die Beratungsstelle ist jeden ersten und dritten Montag geöffnet. „Wir beraten auch mobil“, betont Josef Böck. Der Großteil der Klienten sind Afrikaner und ihre Partner, die sich von der Polizei übermäßig kontrolliert fühlen.

Insgesamt sei unter den Afrikanern punkto Behandlung durch die Polizei eine Verbesserung zu vermerken, resümiert Böck. „Das bestätigen langjährige Vereinsmitglieder.“ Umgekehrt legt der Verein auch viel Gewicht darauf, Aufklärungsarbeit zu leisten. Im Sinne von: Nicht alles, was dir an Schlechten widerfährt, ist auf deine Hautfarbe zurückzuführen. *Brigitt Albrecht*

PROJEKT KINDERBEISTAND

Beistand für Scheidungskinder

Jedes Jahr sind etwa 15.000 Kinder von der Trennung ihrer Eltern betroffen. Viele von ihnen werden zum Spielball der streitenden Eltern. Es gebe Fälle, in denen Kinder „zu Waffen werden“, sagte Justizministerin Mag. Claudia Bandion-Ortner bei einer ersten Bilanz des Projekts Kinderbeistand am 10. August 2010 im Justizministerium.

Mit dem Kinderbeistand, der seit 1. Juli 2010 in ganz Österreich im Betrieb ist, sei es gelungen, „den Kindern ein Sprachrohr“ bei eskalierenden Sorge-

rechtskonflikten zu verleihen, betonte die Justizministerin. Die Beistände werden von den Familienrichtern zugeteilt.

„Insgesamt werden vier Funktionen erfüllt“, erläuterte Kinderbeistand Mag. Irina Posteiner: „Die Entlastung für die Kinder, ihre Bedürfnisse vor Gericht und den Eltern kundzutun, die Sprachrohrfunktion, um ihre Wünsche darzulegen, die Aufrüttelung der Eltern, auf das Kind Rücksicht zu nehmen und die Stärkung des Kindes.“ Bisher wurden Kinderbeistände in 19 Fällen eingesetzt. Betroffen waren 28 Kinder. Die Kosten von durchschnittlich 1.000 Euro

haben die Streitparteien zu tragen. Für Eltern, die sich das nicht leisten können, sind im Justizbudget 300.000 Euro an Verfahrenshilfe reserviert.

Österreichweit gibt es derzeit 43 Kinderbeistände, davon 17 in Wien. 30 weitere sind in Ausbildung und ergänzen die Gruppe ab September. Um Kinderbeistand zu werden ist Erfahrung in einem psychosozialen Beruf erforderlich – beispielsweise speziell geschulte Sozialarbeiter, Pädagogen oder Psychologen. Dazu kommen ein fünfjähriger Lehrgang sowie eine Supervision, die alle 14 Tage stattfindet. *H. S.*